

Information nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Seit dem 25.05.2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) europaweit wirksam. Diese Vorschrift verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Vertretung der Stadt Troisdorf in gerichtlichen Verfahren

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Verantwortliche Dienststelle: Rechts- und Ausländeramt, Zentrale Vergabestelle

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900331, E-Mail: datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dienen Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW), § 99 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), § 119 Sozialgerichtsgesetz (SGG), § 56 Abs. 1 Nr. 2 Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG), und §§ 130, 131, 134 Zivilprozessordnung (ZPO).

Kategorie der Daten

Es werden nur solche Daten verarbeitet, die zur Durchzuführung der Verfahren unbedingt notwendig sind. Insbesondere sind dies Name, Vorname und Anschrift des Klägers/Antragstellers bzw. Beklagten/Antragsgegners.

Kategorie der betroffenen Personen

Personen, die mit den anhängigen Verfahren in Zusammenhang stehen. Hierzu gehören neben den oben genannten Personen z.B. auch Zeugen und Sachverständige

Form der Verarbeitung

Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die in meinem Auftrag zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister in der Europäischen Union (EU) oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrieben werden. Der Dienstleister erfüllt dabei die Vorgaben der DSGVO. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten in einer systematisierten Akte verarbeitet.

Empfänger

Daten werden durch die Stadt Troisdorf an das erkennende Gericht übermittelt. Die Gegenseite hat entsprechend den jeweiligen Prozessordnungen ein Recht auf Akteneinsicht und damit auch auf Kenntnis der Daten.

Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist. Im vorliegenden Fall werden die Daten 20 Jahre nach Abschluss des Gerichtsprozesses gelöscht.

Betroffenenrechte

Sie haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DSGVO),
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO),
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 57 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO).

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt. Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.